

Hartz IV

28/29. 08. 04 RA

Hartz IV ist zum roten Tuch geworden, das Menschen auf die Straße treibt und zu heftigen Reaktionen verleitet. Die Regierung trifft Mitschuld. Bei den notwendigen Reformen hat sie lange Zeit nicht deutlich machen können, dass die Besergestellten angemessen von den Sparmaßnahmen betroffen sein werden. Der Eindruck einer sozialen Schiefelage ist bis heute nicht ausgeräumt. Die Informationen der Regierung sind insgesamt sehr spät angelaufen. Das Ziel, mehr Menschen in Arbeit zu bringen, wurde nicht überzeugend dargestellt. Wo Arbeitsplätze fehlen, wird auch eine bessere Vermittlungstätigkeit nichts bewirken.

Andererseits erschreckt mich die Unsachlichkeit vieler Gesprächsbeiträge. Da wurden unzutreffende Schreckensbil-

der an die Wand gemalt, als ginge es den Kindern an die Sparbücher und unverschuldet Arbeitslosen an Wohnung und Auto. Die brandenburgischen Landtagswahlen im September heizen die Debatten noch an, weil manche hoffen, von den Ängsten der Menschen zu profitieren.

Dabei zeigen erste Berechnungen, dass viele Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in Zukunft eher etwas besser gestellt sein werden. Erhebliche Einbußen werden Personen erleiden, die bis vor kurzem eine gut bezahlte Arbeit hatten und darum ein hohes Arbeitslosengeld beziehen. Sie

sind in unserer Gegend eher selten.

Dass viele Leute schlecht Bescheid wissen, zeigt sich an

GEDANKEN ZUM WOCHENENDE

Forderungen, die öffentlich erhoben werden. Was brächte ein Rücktritt der Regierung, wenn sich die Opposition sogar für härtere Maßnahmen ausgesprochen hat? Auf die Gehälter von Managern und Spitzensportlern hat die Regierung keinerlei Einfluss. Eine Rücknahme von Hartz IV verlangt nicht einmal die PDS.

Wir sollten nicht aus dem Blick verlieren, dass die Refor-

men kein deutsches Problem sind. Sie sind Folge der Globalisierung. Dass Kaffee und Südf Früchte billig sind, weil in anderen Teilen der Erde geringe Löhne gezahlt werden, hat uns lange Zeit we-

nig berührt. Jetzt gehen Arbeitsplätze verloren, weil Produktionen verlagert werden. Die Lebensverhältnisse werden sich langsam annähern. Das Durchschnittseinkommen in den reichen Ländern wird dabei unvermeidlich etwas zurückgehen. Großbritannien und Schweden haben schon früher begonnen, den Gürtel enger zu schnallen. Andere Staaten sind wie wir auf der Su-

che nach vertretbaren Regelungen, unabhängig davon, welche Parteien die Regierung bilden.

Die Kirchen in unserem Land halten Reformen für unumgänglich. Sie wenden sich gegen eine weitere Belastung der Schwächsten in der Gesellschaft und treten für eine stärkere Inanspruchnahme von Vermögen ein.

Änderungen, Ergänzungen und Überprüfung von Reformen kann ich fordern. Ein Verzicht auf sie wäre unverantwortlich im Blick auf junge Menschen und nachfolgende Generationen. Wir dürfen nicht weiter Schulden machen, die sie bezahlen müssen.

▪ **Leopold Esselbach**

*

Der Autor ist Generalsuperintendent in Ruhestand. Er lebt in Neuruppin.